

Am 10. Februar kommen zwei Vorlagen auf städtischer, zwei auf kantonaler und eine auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien sowie die EVP aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Städtische Vorlagen

- 1) Neubau Alterszentrum und Wohnsiedlung Eichrain, Quartier Seebach, Objektkredit von 131,91 Millionen Franken.
- 2) Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Objektkredit von 128,7 Millionen Franken.

Kantonale Vorlagen

- 1) Hundegesetz (Änderung vom 28. Mai 2018; praktische Hundeausbildung).
- 2) Wassergesetz (WsG).

Eidgenössische Vorlage

- 1) Volksinitiative vom 21. Oktober 2016 «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)».



SP
Rocco Custer,
Präsident SP
Zürich 10,
Kantonsrats-
kandidat

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja.** Seebach wächst stark und ist in Bezug auf «Wohnen im Alter» unterversorgt. Mit dem Neubau wird es den Menschen auch im Alter möglich sein, in ihrem Quartier zu bleiben.
- 2) **Ja.** Der Energieverbund leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und trägt dazu bei, die Ziele unserer Stadt für die 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein.** Die bürgerliche Kantonsratsmehrheit will mit dem neuen Hundegesetz das Obligatorium für Hundekurse abschaffen – einfach, weil sie gegen Regulierung sind und entgegen den Empfehlungen von Fachexperten. Das neue Hundegesetz ist verantwortungslos und setzt unsere Sicherheit im öffentlichen Raum aufs Spiel. Die Hundekurse fördern angstfreies Zusammenleben, den Tierschutz und gegenseitigen Respekt.
- 2) **Nein.** Der Zugang zu Trinkwasser und zu den Gewässern ist ein Grundrecht, das mit dem Wassergesetz infrage gestellt wird. Artikel 107 des Wassergesetzes sieht vor, dass nebst den Gemeinden auch Privatinvestoren Teile von Trinkwasserversorgungen aufkaufen dürfen. Dabei versteht sich von selbst, dass Investoren Renditeerwartungen haben oder als Grossbezügler günstige Wassertarife für sich selber erreichen wollen. Den Preis dafür zahlt die Bevölkerung mit höheren Kosten oder schlechterer Wasserqualität. Dazu sagen wir Nein.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Ja.** Die Zersiedelungsinitiative weist einen Weg zu einer massvollen Nutzung des Bodens. Sie stoppt die Zersiedelung, indem sie dem Bauzonenwachstum ein Riegel schiebt.



SVP
Johann Widmer,
Unternehmer

Städtische Vorlagen:

- 1) **Nein,** die SVP ist zwar grundsätzlich für Alterszentren, aber diese Vorlage verletzt das demokratische Grundrecht der «Einheit der Materie». Die Stimmbürger sollen über eine Mogelpackung mit einem Alterszentrum (63 Mio.) und einer gemeinnützigen Wohnsiedlung (68 Mio.) in einem Objektkredit versteckt abstimmen.
- 2) **Nein,** Die SVP lehnt den Kredit «Energieverbund Altstetten» über 129 Millionen Franken ab. Zwar wird hier eine grundsätzlich sinnvolle Nutzung des Abwassers der Stadt Zürich zur Gewinnung von Heizwärme angestrebt. Das Projekt birgt aber grosse wirtschaftliche Risiken. Die SVP bezweifelt, dass ohne staatlichen Zwang genügend Konsumenten freiwillig diese Energieform beziehen werden, da sie teurer ist als Gas und Heizöl.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Ja,** die SVP war immer gegen ein strenges Hundegesetz und begrüsst daher die Abschaffung der obligatorischen Hundekurse für alle.
- 2) **Ja,** die Kantonsratsfraktion der SVP stimmte in der Schlussabstimmung dem neuen Wassergesetz zu. Das neue Wassergesetz ist in den Bereichen Hochwasserschutz, Renaturierungen, Gewässerschutz und Gewässernutzung umfassend, eigentümerfreundlich und zukunftsgerichtet. Vor allem garantiert es auch in Zukunft eine sichere und kostengünstige Wasserversorgung für die Bevölkerung unseres Kantons.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Nein.** Die Zersiedelungsinitiative thematisiert Sorgen, welche bei der Bevölkerung zweifelsohne bestehen. Das wirkt auf den ersten Blick positiv. Nur schiessen die Initianten weit über das Ziel hinaus. Die Folgen wären sowohl teurere Wohnungen durch die Verknappung des Baulandes und Behinderung der bodenabhängigen Landwirtschaft und somit eine Verknappung von Landwirtschaftsgütern wie Geflügel und erneuerbare Energien.



FDP
Martina
Zürcher-Böni,
Gemeinderätin,
Präsidentin
FDP 10

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja,** vorbehältlich Entscheid der städtischen FDP-Delegierten am 10. Januar.
- 2) **Ja,** der städtischen FDP-Delegierten am 10. Januar.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Ja,** der Bund hat das Hundekurs-Obligatorium abgeschafft, deshalb möchte der Kantonsrat nun das kantonale Gesetz auch entsprechend anpassen.
- 2) **Ja,** die FDP ist für die Gesetzesvorlage des Kantonsrats. Leider wurden mit dem Referendum des Wassergesetzes verschiedenste Un- und Halbwahrheiten verbreitet. Fakt ist, dass mit der bis heute gültigen Gesetzgebung im Kanton Zürich private Wasserversorgungen möglich und auch vorhanden sind. Mit dem neuen Gesetz müssten die Gemeinden aber mindestens die Mehrheit des Kapitals und zwei Drittel der Stimmen halten. Die Vorlage ist also im Vergleich zu heute das Gegenteil einer Privatisierung, was von einigen behauptet wird. Zudem muss die Wasserversorgung gemäss der Vorlage kostendeckend erfolgen. Der Preisüberwacher überwacht die Tarife und schreitet bei Ausreissern ein. Weiter würden mit dieser Vorlage erstmals ökologische Anliegen im kantonalen Wasserrecht verankert, wie beispielsweise die Aufwertung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen im und am Wasser.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Nein,** vorbehältlich Entscheid nationale FDP-Delegierte am 12. Januar. Die Kantone sind bereits an der Umsetzung des vom Schweizer Stimmvolk verabschiedeten Raumplanungsgesetzes, welches auch die Zersiedelung stoppen möchte. Fakt ist auch, dass die Bauzonenfläche pro Person in den letzten Jahren gesunken ist. Ein starrer Bauzonenstopp, wie ihn die Initiative will, respektiert die regionalen Unterschiede nicht und kann an gewissen Orten beispielsweise zu einer massiven Erhöhung der Wohnpreise führen.



GLP
Armin Eberle,
Ökonom

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja,** das neue Alterszentrum kommt dem hohen Bedarf in Zürich Nord entgegen. Weiter ist das Projekt ökologisch sinnvoll ausgerichtet. Die Durchmischung des Quartiers wird mit 129 neuen Familienwohnungen gefördert.
- 2) **Ja,** das Abwasser aus der Kläranlage Werdhölzli hat eine beträchtliche Temperatur beim Einfluss in die Limmat. Mittels ausgefeilter Technik soll dieses Energiepotenzial im grossen Energieverbund in Altstetten und Höngg genutzt werden, um jährlich zirka 30 000 Haushalte zu heizen.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein** zur Abschaffung der Hundekurse für grosse und starke Hunde mit Gefährdungspotenzial, denn diese sind nach unserer Ansicht nach wie vor sinnvoll. Auf Eigenverantwortung zu setzen genügt leider nicht. Deshalb soll das im Jahr 2010 im Nachgang zu einem tragischen Unfall eingeführte Hundegesetz nicht abgeschafft werden.
- 2) **Nein.** Weniger Zugang zu den Gewässern, weniger Hochwasserschutz, mehr Partikularinteressen, mehr Staat und Bürokratie. Das sind die Kritikpunkte der Grünliberalen am neuen Wassergesetz, weshalb sich die glp auch für das Behördenreferendum gegen dieses Gesetz eingesetzt hat.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Nein.** Die Initiative nimmt ein wichtiges Anliegen auf, sie verfehlt aber die gewünschte Wirkung: Bezüglich Bauzonen ist sie unnötig restriktiv, ausserhalb der Bauzonen lässt sie zu viele Ausnahmen zu. Die Grünliberalen hätten mit einem Gegenvorschlag eine wirksamere Regelung gegen die Zersiedelung eingebracht, die leider vom Rat abgelehnt wurde. Damit bleiben die Nachteile aus der Volksinitiative grösser als die Vorteile und deshalb ist sie abzulehnen.



Grüne
Etilius Rozas,
Kantonsrats-
kandidat,
Online-Marketing-
Berater &
Kreisschul-
behördenmitglied

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja.**
- 2) **Ja,** weil durch die Realisierung des Projekts werden im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft im Endausbau jährlich bis zu 130 GWh an fossilen Brennstoffen eingespart. Ebenso wird die Gewässerökologie in der Limmat verbessert. Daher empfehlen wir ein Ja zum Kredit von rund 129 Millionen Franken. Das ist gut in die Energieversorgung unserer Stadt investiertes Geld. Die Wirtschaftlichkeit ist für die erste Bauetappe nachgewiesen, der ökologische Nutzen unbestritten. Es ist sinnvoll, diese wichtige und grosse Wärmequelle «Abwasser» für Zürich zu nutzen.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein.**
- 2) **Nein,** weil mit dem neuen Wassergesetz bleiben Bäche und Flüsse kanalisiert und verbaut. Die Standards beim Hochwasserschutz werden heruntergefahren und private Investoren sollen sich an der Wasserversorgung beteiligen können. Wir Grüne haben das Referendum ergriffen.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Ja,** weil die Zersiedelung weiter voranschreitet, ohne dass die bisherigen Massnahmen wirken. Deshalb braucht es ein griffiges Gesetz, das unser Kulturland schützt. Die Zersiedelungsinitiative bewahrt die schönen Landschaften in der Schweiz und damit auch unsere Lebensqualität. Durch einen haushälterischen Umgang mit dem Boden wird auch weiterhin genug Wohnraum für alle geschaffen, ohne dass dafür Grünflächen geopfert werden müssen.



AL
Judith Stofer
Kantonsrätin AL
Kreis 6 und 10

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja.** Es ist wichtig, dass Personen auch im hohen Alter in ihrem angestammten Quartier wohnen bleiben können. In Zürich Nord fehlen entsprechende Alterswohnungen. Das vorliegende Projekt der Stadt Zürich hat Vorbildcharakter, vereinigt es doch ein Alterszentrum mit bezahlbaren Wohnungen für ältere Menschen sowie eine Siedlung mit bezahlbaren Familienwohnungen. Das generationsübergreifende Projekt verdient eine kräftige Zustimmung an der Urne.
- 2) **Ja.** Für unser Überleben als Menschheit ist ein schonender und nachhaltiger Umgang mit Umwelt und Ressourcen essentiell. Das vorliegende Projekt will einen Beitrag zu sauberer Luft leisten. Das ist nobel. Fragwürdig für mich ist die Grösse des Projekts, die eine enorme Infrastruktur benötigt, die auch viel zerstören und sehr anfällig sein kann. Die AL sagt Ja zum Projekt, ich selbst bin noch unentschieden, ob ich ein Ja oder Nein einlegen werde.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein.** Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe, warum die vor zehn Jahren eingeführten Hundekurse wieder abgeschafft werden sollen. 2008 haben vier Fünftel aller Stimmberechtigten Ja zu Hundekursen gesagt.
- 2) **Nein.** Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hat beim neuen Wassergesetz den Kompass verloren. Statt ein Gesetz zu verabschieden, das einer breiten Bevölkerung und der Umwelt dient, hat sie mit dem neuen Gesetz einseitig Bauern und Grundeigentümer privilegiert, den Gewässerschutz verwässert, Seeuferwege verhindert und das Trinkwasser privatisiert. Für ein Nein steht eine sehr breite Allianz aus Umweltverbänden und Parteien (AL, BDP, EVP, GLP, Grüne und SP) ein.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Ja.** Unverbauter Boden wird immer rarer. Es ist darum an der Zeit, dass wir die noch restlichen Flecken schützen.



EVP
Claudia
Rabelbauer,
Kitaleiterin

Städtische Vorlagen:

- 1) **Ja.** In Zürich-Nord sind die Wartezeiten für Alterswohnungen am längsten. Das neue Alterszentrum Eichrain mit Wohnungen für 122 Menschen schafft Abhilfe. Hinzu kommen 129 gemeinnützige Wohnungen sowie Dienstleistungsräume, die auch von Externen genutzt werden können.
- 2) **Ja.** Mit dem Energieverbund können weitere Liegenschaften umweltfreundlich mit dem gereinigten Abwasser aus dem Klärwerk Werdhölzli gekühlt und geheizt werden.

Kantonale Vorlagen:

- 1) **Nein.** Die vor zehn Jahren eingeführten obligatorischen Hundekurse haben sich bewährt. Die Akzeptanz bei Hundehaltern ist hoch. Die Häufigkeit und Schwere von Bissverletzungen hat seit der Einführung der Praxiskurse abgenommen. Diese wirken präventiv. In dicht besiedelten Gebieten braucht es klare Regeln des Zusammenlebens. Durch das Obligatorium kann sich kein Hundehalter vor seiner Verantwortung drücken.
- 2) **Nein.** Das vorliegende Wassergesetz weist eklatante Mängel auf. Es wird viel zu nahe ans Wasser gebaut werden können. Pestizide werden weiterhin in Gewässernähe gespritzt. Der Zugang zum Seeufer wird für die breite Bevölkerung nicht erleichtert, sondern mit zusätzlichen Regeln erschwert. Die Teilprivatisierung unseres Trinkwassers als wertvolles öffentliches Gut soll gesetzlich verankert werden. Eine Lockerung der Beteiligungsregelungen ist nicht nur ein falsches Signal, sondern geradezu unverantwortlich.

Eidgenössische Vorlage:

- 1) **Ja.** Die EVP unterstützt die «Zersiedelungsinitiative». Sie stellt sich damit hinter das Ziel einer nachhaltigen Siedlungspolitik. Kulturland, naturnahe Landschaften und Grünflächen sollen künftig nicht ungebremst überbaut und versiegelt werden können. Vorhandenes Bauland soll hingegen verdichtet und effizient genutzt werden.